Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 52 (1996)
Heft: 4

Artikel: An den Frauen sparen?
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-844639

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

An den Frauen sparen?

Sparen ist in Zeiten der Krise überall angesagt, "schlanke Verwaltung" Musik in den Ohren der Politiker. Der Rotstift setzte bekanntich auch bei zahlreichen Neuerungen zugunsten der Frauenförderung an. Opfersymetrie oder wieder einmal Sparen auf Kosten der Frauen? Eine Studie, ausgearbeitet im Auftrag der Schweizerischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten und des Schweizerischen Personals der öffentlichen Dienste, wollte es genauer wissen. Sie stützt sich auf Zahlenmaterial des Bundes, des Kantons Bern und der Stadt Biel.

Die Wirklichkeit ist komplex - dies ist eine Binsenwahrheit. Auf den ersten Blick ist es schwierig abzuschätzen, welche Staatsausgaben eher Frauen und welche vermehrt Männern nützen. Die Autorinnen gliederten die Staatsausgaben in 106 einzelne Budgetposten auf, fragten sich nach dem Grad der Beschäftigung (z.B. Polizei: stark männerdominiert, Musikschulen: mittel frauendominiert) und nach dem Nutzen. In einem Grossteil der Fälle ist der Nutzen "neutral", d.h. Frauen und Männer können von der staatlichen Leistung gleichermassen profitieren. Bei anderen Ausgaben lassen sich dagegen Vorteile für das eine oder das andere Geschlecht ausmachen.

Wem was nützt?

Lange galt die Schweiz als statistisches Entwicklungsland, inzwischen hat sich vieles verbessert, aber noch längst ist nicht alles ideal. Da die Daten zur Finanzpolitik nicht nach Geschlecht aufgeschlüsselt sind, mussten sich die Autorinnen eigene Kriterien entwickeln. Dabei kamen sie beispielsweise zu folgenden Schlüssen: Bei folgenden Bereichen ist der Nutzen der staatlichen Ausgaben für Frauen grösser als für Männer: Kaufmännische Berufe, Pflege und Sozialberufe, Lehrerausbildung, Bibliotheken, Kirche, Altersversicherung, Ergänzungsleistungen AHV, Altersheime, Alterfürsorge, übrige Fürsorge, Privatbahnen, Nahverkehrsbetriebe.

Dagegen profitieren Männer vermehrt von folgenden staatlichen Ausgaben: Rechtssprechung, Strafvollzug, Sonderschulen, Land- und forstwirtschaftliche Berufe, Industriell-gewerbliche Berufe, Ingenieurschulen, Wirtschaftsschulen, Landwirtschaftliche Techniken, Bundeshochschulen, Sport, Alkohol- und Drogenmissbrauch, Arbeitslosenversicherung, Unfallversicherung, Invalidität, Nationalstrassen, Kantonsstrassen, übrige Strassen und Privatverkehr sowie Luftfahrt.

Beschäftigungsstatistik

In den Krisenjahren stieg der Anteil der von Frauen besetzten Erwerbsstellen leicht an, nämlich von 41,7% auf 42,2%. Gleichzeitig aber sank ihr Anteil am Erwerbseinkommen von 26.6% auf 26,3%. Die Tendenz: Vollzeit für Männer, Teilzeit für Frauen, hat sich in der Krise verstärkt. Während Frauen

früher im öffentlichen Sektor überdurchschnitlich zulegen konnten, hat sich diese Entwicklung nun verlangsamt. Die Fortschritte der Frauen werden selbst beim Staat immer kleiner. Die Sparmassnahmen bei Schulen, Betreuung und im Gesundheitswesen treffen Frauen besonders stark. Sachausgaben (z.B. Investitionen in Bautätigkeit) wirken sich vor allem für Männer positiv aus: "Den positiven Wirkungen der Personalausgaben für die Frauen stehen die negativen Wirkungen der Sachausgaben gegenüber."

Direkte Gleichstellungsausgaben

Die direkten Ausgaben für Frauenförderung sind minim. Obwohl der Verfassungsauftrag zur Umsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern nicht realisiert ist, wurde in den Krisenjahren überproportional in diesem Bereich gespart. 1994 gab der Bund 1,55 Mio oder 0,0038% des Gesamtbudgets für die Gleichstellung aus. Bis 1994 stiegen diese Ausgaben um 7,6%, die übrigen Bundesausgaben dagegen um 9,3%. Das Gleichstellungsbüro des Kantons Bern verfügte 1994 über 5% weniger als drei Jahre zuvor, vom Gesamtbudget des Kantons machte dies 0,0059% (gegen 0,0066%) aus.

Lückenbüsserin Gratisarbeit

Werden in Bereichen wie Pflege oder Alterarbeit Stellen weggespart, heisst das bekanntlich nicht, dass die Arbeit nicht mehr geleistet werden muss, sondern dass sie in Zukunft von andern Frauen gratis erbracht wird. Oder wie die Studie offenlegt: Eine geschlechtsspezifische Budgetprüfung legt das Ungleichgewicht der Verteilung öffentlicher Gelder zwischen Männern und Frauen offen. "Die Entwicklung in der Sparperiode stellt eine weitere Verschlechterung für die Frauen dar. In den konkreten Fällen Bund, Kanton und Gemeinde Biel geht das Sparen dreimal zu Lasten der Frauen: punkto Beschäftigung, punkto Nutzen und punkto Gratisarbeit."

Trübe Aussichten

Die Studie basiert auf mindestens zwei Jahre altem Zahlenmaterial. Es drängt sich der Schluss auf, dass die gegenwärtige Lage um einiges dramatischer ist als dargestellt. Die Autorinnen sind überzeugt, dass die Beschäftigungswirkung staatlicher Ausgaben oft zu frauenfreundich aussehen, weil etwa die massive Umlagerung von Voll- auf Teilzeitstellen zu wenig deutlich wird.

Forderungen

An die Adresse der Politikerinnen und Politiker richten die Autorinnen folgende Wünsche:

• Die unterschiediche Bedeutung von Budgetentscheiden für Frauen und Männer muss den Abgeordneten klar gemacht werden. Das bedeutet, dass die Unterlagen mit den entsprechenden Informationen ergänzt werden. "Bei wichtigen Entscheiden ist eine "Frauenverträglichkeitsprüfung" durchzuführen."

• Die krasse Benachteiligung der Frauen bei der indirketen Beschäftigungs-

wirkung staatlicher Sachausgaben, die Männerlastigkeit bisheriger Beschäftigungsprogramme und die höhere Arbeitslosenquote der Frauen rechtfertigen kompensatorische Massnahmen." (Z.B. Beiträge an Umschulungen) Bei der Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand ist der Stand der Gleichstellung in den entsprechenden Betrieben mitzuberücksichtigen.

Die vorhandenen Daten in der öffentlichen Buchhaltung müssen Rückschlüsse auf die Situation der Frauen erlauben. Es muss transparent sein, in wieweit Staatsbudgets Fraueninteressen berücksichtigen

Die Studie "An Frauen sparen?" kann zum Preis von 20,- Fr, beim Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann, Eigerplatz 5, 3003 Bern, bestellt werden. Die Kurzfassung kostet 5,- Fr.

Die "Berner Familie"

Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Weiterführung der Berner Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern im Januar 1995 machte der Grosse Rat dem Büro die Auflage, sich in Zukunft gleichwertig um Beruf, Familie und Ausbildung zu kümmern, Koordinationsfragen grössere Bedeutung beizumessen und den ländlichen Raum vermehrt in die Arbeit einzubeziehen.

Eine erste Reaktion liegt nun vor. Die Broschüre "In Sachen Familie. Rahmenbdingungen für eine gleichstellungsfreundliche Familienpolitik" will all diesen Anforderungen genügen. Welchen Weg die "statistische Familie" in den letzten hundert Jahren zurückgelegt hat, machen die glücklich ausgewählten Fotos deutlich. Es ist weniger die Grossfamilie im Stehkragen als die gepützelte Kleinfamilie aus den Fünfzigerjahren, die Schumnzeln und Kopfschütteln auslöst...

Obwohl die Analyse sich im wesentlichen auf Berner Zahlenmaterial stützt, sind Schlussfolgerungen und Empfehlungen über die Kantonsgrenze hinaus von Bedeutung. Wer sich für Fragen der Familienpolitik interessiert, findet zahlreiche Denkanstösse.

Der Bericht kann für 11,20 Fr. bei folgender Adresse bestellt werden: Fachstelle für Gleichstellung von Frauen und Männern, Postgasse 68, 3000 Bern 8.

Und nochmals: Gewalt gegen Frauen

• Nach Umfragen in den USA würden 50% der Männer eine Frau vergewaltigen, wenn sie dabei ungeschoren davon kämen.

• In den Medien wird die Gewalt von Männern gegen Frauen und Kinder nicht beim Namen genannt, sondern erscheint unter dem Titel "Famiiendrama".

• Das Bewusstsein, etwas Unrechtes getan zu haben, verschwindet nach einem Zwischenfall bei gewalttätigen